

## **Gut weiter bilden – Positionen der Partei DIE LINKE zur Weiterbildung**

DIE LINKE setzt sich für die gesellschaftliche Aufwertung der Weiterbildung ein. Wir wollen, dass es ein Recht auf die Teilnahme an allen Formen der Weiterbildung gibt, gleich, aus welchem sozialen Umfeld Menschen kommen und gleich, was sie lernen wollen. Wir wollen nach Wegen suchen, den ungleichen Bildungszugang zur Weiterbildung generell abzubauen. Eine gebildete Gesellschaft braucht gebildete, aufgeklärte Menschen. Dazu müssen Weiterbildungsangebote für alle erreichbar und finanzierbar sein.

Doch Weiterbildung ist – trotz aller Sonntagsreden – das Stiefkind der Bildungspolitik. Es gibt für diesen Bildungsbereich sehr unterschiedliche Zuständigkeiten und schlechte gesetzliche Rahmenbedingungen. Auch öffentliche und öffentlich geförderte Einrichtungen sind völlig unzureichend finanziert. Das gilt für den Zugang zu Bildungsveranstaltungen ebenso wie für die Möglichkeit der Bildungsfreistellung. Das gilt auch für Bezahlung der Lehrenden. Stundenhonorare, die unter dem Mindestlohniveau liegen, sind ebenso üblich wie prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Einen Mindestlohtarifvertrag gibt es nur für Bildungsangebote nach SGB II und III (Arbeitsmarktmaßnahmen). Und selbst dort gibt es viele Ausnahmen, die Dumpinglöhne möglich machen.

Die Befunde zur Bildungsteilnahme in der Weiterbildung sind bedenklich. Zum einen stagnieren die Angebote, zum anderen ist auch hier der Zugang zur Bildung ungleich verteilt: Erwerbstätige nehmen häufiger an Weiterbildung teil als Arbeitslose, gut Verdienende mehr als Geringverdienende, Menschen mit höherem Bildungsabschluss häufiger als jene mit einem niedrigeren. Steigende Teilnehmerentgelte fördern zusätzlich die Ausgrenzung von Teilnehmenden, die sich das nicht mehr leisten können. Weiterbildung ist mehr und mehr zum Markt geworden: dereguliert, intransparent, bruchstückhaft und geht an der Versorgung der Bevölkerung vorbei. Ihre Qualität bleibt auf der Strecke.

Geförderte Weiterbildung dient zum großen Teil nur der besseren Vermarktung der Ware Arbeitskraft. Alle anderen Angebote werden deutlich benachteiligt oder sie sind von zeitlich befristeten Programmen abhängig.

Wir sehen Weiterbildung als vierte Säule der Bildungspolitik und wollen, dass sie weder einseitig auf Vermarktungsstrategien noch auf ein anderes politisch motiviertes Kalkül ausgerichtet ist.

### **Wir wollen Weiterbildung umfassend aufwerten. Dazu haben wir u.a. folgende Forderungen:**

1. Weiterbildung ist in all ihren Bereichen umfassend und gleichrangig zu fördern. Das betrifft berufliche Weiterbildung ebenso wie Grundbildung und den Zweiten Bildungsweg, kulturelle, politische und individuelle Erwachsenenbildung. Die Rolle der Weiterbildung in Integration und Inklusion ist zu stärken.
2. Wir wollen bundeseinheitliche Standards für den gesamten Weiterbildungsbereich. Bund, Länder und Kommunen haben dabei jeweils eine eigene Verantwortung für die Sicherung und Finanzierung guter Weiterbildung.

3. Die allgemeine Weiterbildung soll eine Pflichtaufgabe der Länder und Kommunen werden. Dazu fordern wir die Länder auf, in Weiterbildungsgesetzen eine verlässliche Förderung von Weiterbildungsangeboten zu sichern. Als ersten Schritt müssen sie ihre Ausgaben für die Erwachsenen- und Weiterbildung auf mindestens 1% der Bildungsausgaben erhöhen.
4. Weiterbildung muss wohnortnah möglich sein, und die Kosten dürfen nicht auf die Teilnehmenden abgewälzt werden. Angebote der Grundversorgung müssen entgeltfrei angeboten werden.
5. Für alle Menschen soll es einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung geben. Dazu gehört ein Rechtsanspruch auf bezahlte Bildungsfreistellung für alle anerkannten Weiterbildungsangebote.
6. Weiterbildungen auf Betreiben und im Interesse der Arbeitgeberseite sind vollständig von ihnen zu finanzieren und Teil der Arbeitszeit. Sie dürfen nicht auf Bildungsurlaub angerechnet werden. Betriebliche Weiterbildung muss alle Beschäftigtengruppen, besonders auch geringqualifizierte, erreichen.
7. In allen Ländern sollen öffentliche, an den Interessen der Ratsuchenden orientierte Beratungsstrukturen aufgebaut und finanziert werden.
8. Das sogenannte Meister-BAföG soll zu einer Erwachsenenbildungsförderung ohne Altersgrenze ausgebaut werden.
9. Beschäftigte in der Weiterbildung brauchen eine angemessene, am Tarif des Öffentlichen Dienstes (TVÖD) orientierte Bezahlung. Dazu soll ein Tarifvertrag für die gesamte Weiterbildung ausgehandelt werden, der gleichwertige Bedingungen zu anderen Bildungsbereichen schafft.
10. Daueraufgaben erfordern Beschäftigung in festen, tariflich bezahlten Arbeitsverhältnissen. Scheinselbständigkeit in der Weiterbildung wollen wir verhindern. Honorararbeitsverhältnisse dürfen nicht die Regelbeschäftigung in der Weiterbildung sein. Wo Honorartätigkeiten sinnvoll oder gewünscht sind, muss es einen Mindesthonorarsatz, gleichrangig zur tarifvertraglichen Eingruppierung, geben.
11. DIE LINKE fordert ein bundesweites Weiterbildungsgesetz für alle Bereiche und Ebenen der Weiterbildung. Dafür fordern wir die Verankerung einer Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Grundgesetz.
12. Die Weiterbildungsstatistik soll so geführt werden, dass alle Weiterbildungsbereiche und Lebensalter gleichermaßen erfasst werden. Die Weiterbildungsforschung soll ausgeweitet werden, insbesondere mit dem Ziel, die sozial ausgleichenden Wirkungen zu untersuchen.